L-1 Das Beste für Berlin: Klimaschutz, der wirkt

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 28.04.2023
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Leitantrag zum Thema Klimaschutz

Die Klimakrise ist bittere Realität. Sie zeigt sich welt- und europaweit und auch hier in Berlin in den letzten Jahren in ihrer ganzen Bandbreite: Sei es in Form von Hitzewellen die zu Wassermangel, Dürren und Waldbränden führen, sei es in Form von Starkregenereignissen mit Überflutungen und Zerstörungen ganzer Landstriche, oder sei es mit Temperaturen von über fünfzehn Grad im Dezember in Berlin. Der Klimawandel ist bereits da und für alle sicht- und spürbar. Besonders leidtragend sind dabei global und lokal diejenigen, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben: Menschen im globalen Süden, deren Ressourcen in (neo-)kolonialen Kontexten abgebaut und im globalen Norden verfeuert und verarbeitet wurden und werden sowie Menschen mit niedrigem Einkommen, die auch in unserer Stadt die ökologischen Folgen am meisten spüren, obwohl ihr ökologischer Fußabdruck deutlich geringer ausfällt als jener von Menschen mit hohem Einkommen.

Zuletzt hat der jüngste IPPC-Bericht uns die Dringlichkeit vor Augen geführt, mit der wir Maßnahmen zur Begrenzung der Erderhitzung ergreifen müssen. Eindringlich wie nie zuvor weist der Weltklimarat darauf hin, dass das Tempo und der Umfang der bisherigen Bemühungen nicht ausreichen. Die Wissenschaftler*innen fordern einmal mehr ein, dass das Tempo beim Ergreifen von Klimaschutzmaßnahmen drastisch gesteigert wird. Der neu gewählte schwarz-rote Senat hingegen verschließt die Augen vor dem notwendigen Wandel. Mit dem wolkigen Versprechen, ein

Sondervermögen einzurichten, ohne konkrete Maßnahmenpakete bekanntzugeben, ertränken CDU und SPD ernsthafte Bestrebungen. Hinzu kommt, dass die Rückschrittskoalition viele der bisherigen Klimaschutzmaßnahmen aufweichen und zurückdrehen möchte: in der Bauordnung, im Mobilitätsgesetz, beim Weiterbau der A100, bei den Plänen zur Teilversiegelung des Tempelhofer Felds und mit dem angekündigten Stillstand beim Tramausbau. Das alles muss uns noch mehr Antrieb sein, den Umbau Berlins zu einer klimaneutralen Stadt sozialverträglich voranzutreiben. Denn auch unsere Stadt muss ihrer globalen Verantwortung im Kampf gegen die Klimakrise gerecht werden. Hierfür müssen wir die Klimaneutralität Berlins deutlich schneller erreichen als es die gesetzliche Vorgabe von 2045 vorsieht und dabei erheblich an Tempo zulegen.

In den letzten Jahren haben wir unter grüner Regierungsbeteiligung dafür gesorgt, dass das Land Berlin seine Klimaziele für den Klimaschutz deutlich ambitionierter ausgestaltet hat und dass alle Senatsvorlagen einem systematischen Klimacheck unterzogen werden müssen. Wir sind mutig vorangegangen und waren zwischenzeitlich Taktgeber für viele andere Bundesländer und für den Bund. Da, wo es rechtlich möglich war, haben wir dafür gesorgt, dass Berlin den Kohleausstieg auf 2029 vorzieht. Wir haben die Fernwärme bundesweit erstmals gesetzlich einem Dekabonisierungspfad unterworfen und gesetzliche Vorgaben für den Anteil Erneuerbarer festgesetzt. Mit dem Masterplan SolarCity haben wir die Grundlage für einen schnelleren Ausbau von Erneuerbaren in Berlin geschaffen. Wir haben die Solardach-Pflicht für private und öffentliche Gebäude im Neubau und Bestand auch für Nicht-Wohngebäude eingeführt sowie flankierend dazu Förderprogramme ausgebaut und mit dem Solarzentrum ein unabhängiges Beratungsangebot geschaffen.

Mit dem bundesweit einmaligen Mobilitätsgesetz haben wir den Vorrang des Umweltverbundes aus

öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV) und Fuß- und Radverkehr festgeschrieben. Auch den Ausbau des ÖPNV haben wir vorangebracht: Mit neuen Tramstrecken und neuen U-Bahn- und S-Bahn-Wägen sorgen wir für noch mehr klimafreundliche Mobilität auf der Schiene. Mit dem neuen Rufbussystem MUVA der BVG bieten wir ein besseres ÖPNV-Angebot in den Außenbezirken. Zudem stellen wir die Busflotte der BVG bis 2030 auf komplett erneuerbar-elektrischen Antrieb um. Schon jetzt stellen wir die größte E-Bus-Flotte in ganz Europa.

Und dennoch: Wir müssen drastisch an Fahrt aufnehmen, wenn wir unsere Klimaschutzziele erreichen möchten. Mit derzeit etwa 50% CO_2-Emissionsreduzierung ist gerade erst der halbe Weg geschafft. Klimaschutz und -anpassung bleiben die zentralen politischen Aufgaben der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Für einen erfolgreichen Klimaschutz müssen wir unsere Anstrengungen um ein Vielfaches erhöhen. Das gilt auch für die Wärmewende, die eine der größten ökosozialen Zukunftsfragen unserer Stadt ist. Dabei müssen wir einerseits den Wärmebedarf der Gebäude deutlich reduzieren und andererseits die dann noch benötigte Wärme auf Grundlage erneuerbarer Energien bereitstellen. Dabei wollen wir, dass Mieter*innen nicht übermäßig durch energetische Sanierungsmaßnahmen belastet werden. Unser Ziel ist eine faire Kostenverteilung zwischen Vermieter*innen, öffentlicher Hand und Mieter*innen sowie die Abschaffung der Modernisierungsumlage.

Für uns Grüne Berlin ist der Kampf gegen die Klimakrise zugleich ein Kampf für soziale und globale Gerechtigkeit und um den Erhalt der Lebensbedingungen auf dieser Erde. Wir brauchen sozial ausgeglichene und praktisch umsetzbare Maßnahmen für Klimaschutz und Klimaanpassung und interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den Politikfeldern. Klimaschutz kann dann am erfolgreichsten sein, wenn alle ihn als ihre Aufgabe begreifen und bereit sind, in ihrem Bereich Klimaschutz zu priorisieren und die Lebensgrundlagen unserer Stadt und unseres Planeten zu schützen. Wir wollen, dass Klimaschutz in allen Politikfeldern

entscheidungsrelevant ist. Wir brauchen eine breite Allianz für Klimaschutz. Ganz gleich ob die Bereiche Bildung, Gesundheit, Kultur oder Sport: Klimaschutz und -anpassung ist die Aufgabe aller. Viele Akteur*innen haben sich bereits auf den Weg gemacht. Wir stehen in der Pflicht, sie dabei zu unterstützen.

Die Zivilgesellschaft ist unsere natürliche Partnerin im Kampf gegen die Klimakrise. Der institutionell-politische Raum braucht diesen Druck. Auf Initiative der Zivilgesellschaft hin haben wir sowohl als erstes Bundesland die Klimanotlage ausgerufen als auch mit dem Klimabürger*innenrat die Berliner*innen in die Entscheidungsprozesse einbezogen. Dessen Empfehlungen waren und bleiben für uns Richtschnur bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen. Zuletzt haben wir den Volksentscheid Berlin klimaneutral 2030 unterstützt. Dessen Ziel, die Klimaziele schneller zu erreichen, teilen wir. Gewalt gegen Klimaaktivist*innen sowie die Verschärfung von Strafrecht, um ihren Protest zu verhindern, lehnen wir strikt ab. Das gilt insbesondere auch für die Polizeigewalt und die Anwandlungen von Selbstjustiz gegenüber der sogenannten Letzten Generation.

Bildung for Future - Lernen für den Klimaschutz in gesunder Umgebung

Unsere Bildungsinstitutionen sind wichtig für unseren Kampf gegen den Klimawandel. Sie sind elementare Orte der Vermittlung von ökologischem Wissen und Bewusstsein. Zugleich bieten ihre Gebäude, Flächen, Mensen selbst enorme Möglichkeiten für konkreten Klimaschutz und -anpassung. Seien es Energieeinsparpotentiale bei Gebäuden, die Entsiegelung von Flächen oder aber das Ernährungsangebot.

Klimabildung in den Schulen und der ganzen Stadt stärken

Das Wissen und die Erkenntnisse zur Klimakrise und die damit einhergehenden ökologischen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen müssen verstärkt in der formalen und non-

formalen Bildung thematisiert werden. Daher gehören Umwelt- und Naturbildung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) sowie Ernährungsbildung für uns in das Schulprogramm einer jeden Schulgemeinschaft. Wir fordern die Entwicklung eines Masterplans BNE nach Hamburger Vorbild, um die Lernvermittlung strukturell von der frühkindlichen bis zur Erwachsenenbildung zu verankern. Zusätzlich müssen außerschulische Lernorte und praktische Projekte für den Umwelt- und Naturschutz, die Stadtnatur und die Klimaanpassung weiterhin gestärkt werden. Dafür haben wir Grüne unter anderem die Zivilgesellschaft im Bereich des Naturschutzes und Umwelt- und Naturbildung sowie Natur- und Werkpädagogik finanziell deutlich besser gefördert.

Ausbildung for Future – Klimaberufe in den Fokus rücken

Wir brauchen Fachkräfte, die die Energiewende praktisch umsetzen können, um den Klimawandel aufzuhalten. Die Zahl an Personen, die Ausbildungen in Klimaschutzberufen absolvieren, ist seit Jahren rückläufig. Ohne die Beseitigung des Flaschenhalses Fachkräfte werden wir unsere Klimaziele jedoch nicht erreichen können. Eine Basis dafür muss deswegen bereits in der Schule gelegt werden. Deswegen sollte vom Grundschul- bis in das Oberstufenalter regelmäßig und umfassend auch über weniger bekannte Ausbildungsmöglichkeiten informiert und praktische Erfahrung gesammelt werden können. Insbesondere im Rahmen von Schulpraktika oder Besuchen von Betrieben sollen im besonderen Maße Klimaschutzberufe und -betriebe im Fokus stehen.
Duale Ausbildungen sollen einem Studium gegenüber gleichgestellt sein. Zusammen mit der IHK und der Handwerkskammer sowie weiteren Stakeholdern ist hierfür eine Klimaberufsstrategie für Schüler*innen zu entwickeln.

Im Grünen lernen und spielen – Schulhöfe umgestalten

Wir setzen uns für eine bestmögliche Entsiegelung und Begrünung von Schulhöfen, mehr grüne

Klassenzimmer und Gärten in den Schulen und Kitas ein. So entstehen naturnahe Lernorte der Biodiversität und Klimaanpassung. Grünflächen heizen sich außerdem weniger auf und leisten dadurch einen positiven Beitrag zum Stadtklima. Zusätzlich können sie als Erholungsraum für die Nachbarschaft dienen. Das Land Berlin muss für entsprechende Vorhaben eine auskömmliche finanzielle Ausstattung zur Verfügung stellen. Außerdem muss die finanzielle Förderung vom erfolgreichen Projekt „Grün macht Schule“ bzw. grünes Klassenzimmer ausgebaut und ein Programm für die Entsiegelung auf den Schulhöfen aufgelegt werden. Dabei sollen alle Bezirke nach gleichen Standards arbeiten und Entsiegelung und Begrünung als Pflichtaufgabe verstehen.

Ökologisches Bauen und nachhaltige Energieversorgung fördern

Die Schulbauoffensive wollen wir nutzen, um den ökologischen Schulbau voranzutreiben. Dazu gehören neben gesunden, nachhaltigen Baustoffen, Gründach, Fassadenbegrünung und dezentraler Regenwasserbewirtschaftung ebenso Photovoltaik, eine erneuerbare Wärme- und Kälteversorgungen und intelligente Leittechnik. Auch im Rahmen der Energieeinsparung können Bildungseinrichtungen einen wichtigen Beitrag leisten. Durch eine bessere Regulierung der Heizung vor Ort und den Einbau von LED-Lampen und Bewegungsmeldern kann beispielsweise Energie eingespart werden. Diese Ersparnis soll dann als Anreiz in Form eines Kostenbudgets an die Schule zurückgegeben und für weitere Klimaschutzmaßnahmen verwendet werden.

Die Lebensmittelproduktion ist für einen großen Teil des weltweiten CO_2-Ausstoßes verantwortlich. Deshalb wollen wir mehr regionale und saisonale Lebensmittel und täglich vegetarische und vegane Optionen an Schulen und Kitas. Bei der Umsetzung wollen wir darauf achten, dass das Kita- und Schulessen wo immer möglich frisch vor Ort gekocht wird. Da dies nicht überall möglich ist, wollen wir in einem Modellprojekt das Kochen im Verbund erproben,

bei dem Schulen mit eigener Küche die umliegenden Schulen ohne Küchen mit Essen versorgen.
Wir werden außerdem eine Strategie zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen in der Kita- und
Schulverpflegung erarbeiten.

Grün unterwegs – zur Schule und darüber hinaus

Um Schüler*innen und pädagogischem Personal zu erleichtern, für den Schulweg das Fahrrad zu
nutzen, werden wir uns dafür einsetzen, dass auf jedem Schulgelände ausreichende überdachte
und gesicherte Fahrradständer vorhanden sind. Vor den Schulen wollen wir Spielstraßen,
Tempo-10-Zonen sowie Sperrungen der Straßen unmittelbar vor der Schule zu Schulzeiten, um
den Elterntaxiverkehr einzuschränken und die Schulwegsicherheit zu erhöhen. Überdies möchten
wir umweltfreundliche Klassenfahrten fördern. Hierfür müssen vom Senat entsprechende
finanzielle Anreize für Schulen geschaffen werden, wie beispielsweise die Förderung von Zug-
und Busfahrten in Europa.

Grünes Wirtschaften – klimaneutral, nachhaltig und gerecht

In Berlin ist der Wirtschaftssektor heute noch mit einem jährlichen Ausstoß von zwei
Millionen Tonnen CO_2 einer der Haupt-CO_2-Emittenten. Umso drängender ist es, dass wir die
sozial-ökologische Transformation der lokalen Wirtschaft vorantreiben. Dafür brauchen wir
das Engagement der öffentlichen und privaten Unternehmen, eine gezielte Förderung durch das
Land Berlin sowie eine Ausbildungsoffensive in den Klimaschutzberufen.

Die Klimakrise ist Folge eines globalen ressourcenverschwendenden Wirtschaftswachstums.
Klimaneutrales und nachhaltiges Wirtschaften bedeutet, dass wir uns an den planetaren
Grenzen und der Menschenwürde orientieren. Kreislaufwirtschaft, Gemeinwohlorientierung,
Solidarische Ökonomie, innerbetriebliche Partizipation und Chancengleichheit sind dabei
wichtige Prinzipien. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass wir massiv CO_2
-Emissionen

einsparen können. Degrowth ist eine vielversprechende Alternative zum ungebremsten
Wirtschaftswachstum.

Klimaneutrales Wirtschaften in Berlin

Die privaten und öffentlichen Unternehmen sowie die öffentliche Hand müssen ihre Anstrengungen für ein klimaneutrales Wirtschaften massiv verstärken. Um die Geschäftsmodelle
weiter zu dekarbonisieren, müssen die Berliner Unternehmen ihre Energieeffizienz und die
Nutzung von erneuerbaren Energien erheblich steigern. Wesentlich ist dabei die Umstellung
von Prozesswärme und -kälte auf nachhaltig strombasierte Erzeugung aus Erneuerbaren, die
weitere Nutzung von Solarpotenzialen, eine konsequente Elektrifizierung sowie die Nutzung
der Abwärme in Nah- und Fernwärmenetzen. Die Reduzierung des Wasserverbrauchs muss stärker
in den Fokus genommen werden und bei der Ansiedlung von Unternehmen Berücksichtigung finden.
Auch die digitale Transformation muss sich am Energie- und Ressourcenverbrauch messen
lassen.

Eine gemeinsame Initiative für Klimaneutralität - offensiv und sozial gerecht

Die Politik muss auf allen Ebenen den Rahmen für die Transformation setzen und dabei die
soziale Frage konsequent beachten. Das Land Berlin muss Initiativen und Netzwerke fördern
und die Unternehmen dabei unterstützen, Klimaschutzkonzepte zu erarbeiten und umzusetzen.
Die landeseigene Investitionsbank Berlin (IBB) ist hierfür ein wichtiges wirtschaftspolitisches Instrument. Sie muss ihre Kredit- und Förderprogramme deutlich
stärker an den verbindlichen Klimazielen ausrichten, um in der Transformation ein wichtiger
und verlässlicher Partner der Wirtschaft zu sein. Die IBB muss dazu dringend reformiert und
befähigt werden, damit zukünftig keine Mittel der EU, des Bundes oder des Landes ungenutzt
bleiben.

Die Landesunternehmen stehen an der Spitze der Nachhaltigkeit

Die landeseigenen Unternehmen stehen in der Pflicht, Vorbild für nachhaltiges Wirtschaften zu sein. Dies gilt insbesondere für die zentralen Akteure unserer Versorgungssysteme – BVG, Charité/Vivantes, Messe, BSR, Wasserbetriebe, Stadtwerk und BER. Wir fordern, dass sie verpflichtet werden, verbindliche Pfade zur Klimaneutralität mit konkreten Kosten- und Maßnahmenplänen festzulegen. Die Klimaschutzvereinbarungen müssen regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst werden. Ziel ist ein klimaneutrales Wirtschaften bis spätestens 2035. Das betrifft Maßnahmen beim Fuhrpark, bei Gebäuden und der Stromerzeugung und -verbrauch ebenso wie die Reduktion ihres Wasserverbrauchs. Zur Aufstellung und Umsetzung benötigen die landeseigenen Unternehmen finanzielle Unterstützung. Diese können über zweckgebundene Transaktionskredite gefördert werden. Damit ist auch gewährleistet, dass dieses Geld nicht wie das schwarz-rote Sondervermögen nur ein abstraktes Versprechen bleibt, sondern für konkrete Vorhaben ausgegeben wird. Ihre Finanzanlagen müssen konsequent an sozial-ökologischen Standards ausgerichtet werden. Um sicherzustellen, dass die Klimaziele konsequent verfolgt werden, müssen dies auch in die Vertragsgestaltung mit den Geschäftsführenden einfließen.

Das Handwerk als starker Partner auf dem Weg zu Klimaneutralität

Das Berliner Handwerk spielt eine tragende Rolle für Klimaschutz und Nachhaltigkeit, etwa bei der energetischen Sanierung von Gebäuden und beim Bau von Solaranlagen. Wir wollen gemeinsam mit dem Berliner Handwerk die Sicherung und Ausbildung von Fachkräften in den klimarelevanten Berufen gezielt vorantreiben. Hierfür werden wir eng mit Betrieben, Beschäftigtenvertretungen, Kammern und Innungen kooperieren. Ziel ist eine gemeinsame Strategie, zu der die finanzielle Unterstützung von Ausbildungsbetrieben, bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, erhebliche Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die konsequente Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen, eine erleichterte

Zuwanderung in den Arbeitsmarkt und den Ausbau staatlicher Hilfen und Integrationsleistungen
gehören.

Berlin wird Vorbild für nachhaltigen und stadtverträglichen Tourismus

Die Berliner Wirtschaft ist breit gefächert und zeichnet sich durch verschiedene Zweige aus.
Sie alle müssen ihren Beitrag leisten, damit wir unser Ziel der Klimaneutralität erreichen.
Der Tourismus-Sektor kann mit gutem Beispiel vorangehen. Wir wollen diesen stadtverträglich
gestalten. Dafür muss der von Rot-Grün-Rot geschaffene Fonds für ökologischen Tourismus
genutzt und weiterentwickelt werden. Die Perspektive der Bezirke muss zwingend beachtet
werden, um abgestimmte Maßnahmen für einen nachhaltigen Tourismus in den Kiezen zu
ermöglichen.

Klimaschutz ist Gesundheitsschutz

Die Klimakrise belastet massiv die Gesundheit der Berliner*innen. Zunehmende Hitzeperioden
und Starkregenereignisse, vermehrte Infektionserkrankungen und Allergien sowie Luftverschmutzung und Lärm belasten unsere Körper, lösen Stress und Erschöpfung aus,
verschlimmern Vorerkrankungen und können sogar tödlich enden. Die Klimakrise hat auch
erhebliche Auswirkungen auf unser psychisches Wohlbefinden – von Angststörungen, über
Depressionen und erhöhte Suizidraten bis hin zu vermehrt auftretenden Traumatisierungen und
deren Folgen. Hitzewellen werden auch mit einem Anstieg von Gewalt in Paarbeziehungen,
überwiegend Gewalt gegen Frauen, in Verbindung gebracht.

Berliner*innen wirksam vor Hitze schützen

In Berlin sind insbesondere die stark zunehmenden Hitzetage ein ernstes Gesundheitsrisiko.
Großstädte werden in der Klimakrise zu Wärmeinseln und heizen aufgrund des hohen Grads an
Versiegelung und der Dichte an motorisiertem Verkehr um bis zu acht Grad mehr auf als das

Umland. Besonders stark sind dicht besiedelte Quartiere betroffen. Das treibt die soziale Spaltung in unserer Stadt weiter voran. Denn Menschen mit geringem Einkommen haben zwar einen besseren ökologischen Fußabdruck, sind aber vielfach am meisten von schädlichen Umwelteinflüssen betroffen, auch aufgrund von bereits bestehenden Vorerkrankungen. Gleichzeitig haben sie häufig einen schlechteren Zugang zu Gesundheitsversorgung.

Um die Berliner*innen und insbesondere Ältere, Vorerkrankte und weitere Risikogruppen wirksam vor Hitze zu schützen, hat die grün geführte Gesundheitsverwaltung mit der Berliner Ärztekammer und der Deutschen Allianz Klimawandel und Gesundheit das „Aktionsbündnis Hitzeschutz Berlin“ ins Leben gerufen und mit zahlreichen Akteur*innen des Gesundheits- und Pflegewesens Hitzeschutzpläne für den Gesundheits- und Pflegesektor erarbeitet. Diese müssen nun ausgehend von allen Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen in den Sozialräumen der Bezirke umgesetzt und auf weitere gesellschaftliche Bereiche in Form von Hitzeaktionsplänen ausgeweitet werden. Sektorenübergreifende Hitzeaktionspläne sind damit auch ein Paradebeispiel für einen konsequenten Health in all policies-Ansatz, der gleichzeitig immer auch ein Climate in all policies-Ansatz ist. Die Menschen in der Stadt benötigen außerdem insbesondere in Hitzeperioden jederzeit den Zugang zu frischem Wasser – und zwar kostenfrei. Der begonnene Bau von Trinkbrunnen an allen zentralen Haltestellen und stark besuchten Orten muss weiter vorangetrieben werden.

Berliner Krankenhäuser auf dem Weg zur Klimaneutralität stärken

Auch der Gesundheitssektor selbst muss einen stärkeren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Dies trifft besonders auf die Krankenhäuser unserer Stadt zu. Denn ein einziges Krankenhaus braucht im Schnitt so viel Energie wie eine Kleinstadt. Wir Bündnisgrüne haben deshalb ein Green Hospital-Programm für Berlin aufgelegt und mit rund 30 Mio. Euro im Landeshaushalt

verankert. Dieses muss vom schwarz-roten-Senat nun zügig umgesetzt und ausgeweitet werden,
damit alle Berliner Krankenhäuser in die Lage versetzt werden, wirksam in energetische
Sanierungen und eine energieeffizente Infrastruktur zu investieren. Neben höheren Investitionsmitteln setzen wir uns auch dafür ein, dass alle Krankenhäuser mindestens ein*e
Klimamanager*in benennen. Denn mit Maßnahmen wie nachhaltiger Energieversorgung, einem
effizienteren Einsatz von Narkosegasen und nachhaltigem regionalen Essen können Krankenhäuser zukünftig nicht nur ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten, sondern auch den
Gesundheitsschutz der Berliner*innen weiter verbessern.

Berliner Stadtgrün und Wälder stärken und schützen

Um einerseits die Klimakrise nicht weiter zu verschärfen und andererseits die Klimaresilienz
der Stadt zu stärken, müssen wir den städtebaulichen Umbau der Stadtinfrastruktur dringend
weiter vorantreiben. Bei allen Baumaßnahmen muss Klimaschutz und -resilienz mitbedacht
werden. Vorgaben für Dach- und Fassadenbegrünung müssen in der Bauordnung verbindlich
festgehalten und die Förderung von Gebäudebegrünung deutlich verstärkt werden.

Das bestehende Stadtgrün muss weiterhin nicht nur gepflegt, sondern auch ausgeweitet und
Bäume sowohl an den Straßen als auch in den Parks neu gepflanzt und gut gepflegt werden. Die
Pläne zur Teilversiegelung des Tempelhofer Felds der schwarz-roten Koalition zeigen in genau
die falsche Richtung. Nur mehr und gesundes Stadtgrün und blaue Infrastruktur (unter anderem
Wasserflächen in der Innenstadt) bedeuten Schatten und Verdunstungskühlung für die
überhitzte Stadt sowie Erholung und Schutz für uns Berliner*innen.

Der Wald ist für den Kampf gegen die Klimakrise sowie für die Anpassung an den Klimawandel
unser wichtigster Verbündeter. Damit weiterhin mindestens ein Fünftel der Berliner
Landesfläche bewaldet bleibt und der Anteil an Wald auf Landesflächen sogar steigt, müssen
wir die Resilienz unserer Wälder stärken und sie vor der Klimakrise schützen.

Konzepte zu Waldbau, Entnahmepraktiken, Waldwirtschaftspläne, Holzabverkauf sowie der Wiederaufbau einer landeseigenen Baumschule sind zu prüfen und weiterzuentwickeln.

Unter klimaresilientem Waldumbau verstehen wir auch die Waldbrandprävention unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus der Feuerökologie. Die Berliner Forsten sind in ihrer Personal- und Finanzstruktur sowie hinsichtlich ihrer Infrastruktur nachhaltig abzusichern.

Sogenannte „pocket forests“ helfen bei der Bewältigung von Klimafolgen in dicht besiedelten Gebieten, beispielsweise durch Abkühlung und mehr Biodiversität. Zivilgesellschaftliche Initiativen zur Errichtung solcher Miniwälder wollen wir fördern.

Green Culture - Klimaschutz in Kunst und Kultur

Kunst und Kultur sind die Zukunftslabore der Gesellschaft bei der ökologischen Transformation. Die Berliner Kulturschaffenden sind progressiv und offen und setzen sich für Vielfalt und eine gerechte Gesellschaft ein. Viele Kulturverbände und Netzwerke von Künstler*innen und Kulturschaffenden engagieren sich bereits aktiv für Klimaschutz und Nachhaltigkeit in der Kultur. Auf Bundesebene sind mit dem Green Culture Desk und dem Fonds „Zero – Klimaneutrale Kunst- und Kulturprojekte“ schon Grundlagen geschaffen, um Kulturschaffende und Kulturinstitutionen auf ihrem Weg zu mehr Klimaschutz und Ressourcenschonung zu unterstützen. Wir fordern die Berliner Kulturverwaltung auf, Barrieren in der Umsetzung, Lücken in der Vernetzung und Vermittlung zügig abzubauen, um den Fonds für die Berliner Kulturlandschaft besser zu erschließen.

Förderprogramme ökologisch ausrichten

Berlin als Fördergeberin muss auch bei den eigenen Förderkriterien für Kultur klar formulieren, dass zukünftig Klimaschutz und Nachhaltigkeit in der Produktion und Präsentation Voraussetzung für eine Förderung sind. Auch die künstlerische Auseinandersetzung mit den Themen Klimakrise, Nachhaltigkeit und Transformation als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sollte ausdrücklich unterstützt werden. Kunst ist eine

wichtige Wegbereiterin für die Vermittlung und Akzeptanz der Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele. Etwaige Mehrkosten, die mit einer ökologischen Kulturproduktion und -präsentation verbunden sind, müssen in der Förderung enthalten sein. Die konkrete Umsetzung der Nachhaltigkeitskonzepte soll regelmäßig evaluiert werden, denn die Überprüfbarkeit ist Voraussetzung gegen Greenwashing und die Auswertung der Maßnahmen notwendig für den Aufbau von Best-Practice-Beispielen aus dem Kultursektor.

Mit der Energie- und Wärmewende Kultur resilient machen

Die Berliner Kultureinrichtungen und Museen haben insgesamt eine schlechte Energieeffizienz und teilweise übermäßige Klimatisierung. Sie gehören, bezogen auf ihre Flächen, zu den größten Energieverbrauchern in Berlin. Wir sehen es als eine der zentralen Aufgaben an, die Berliner Bühnen, Museen und Konzerthäuser klimaneutral auszurichten. Für bestehende Kulturliegenschaften müssen passgenaue Nachhaltigkeits- und Energieeffizienzmaßnahmen für eine sinnvolle Sanierung der Gebäude entwickelt werden. Sie brauchen eine Evaluation des Energieverbrauchs und der Notwendigkeit von Klimatisierung, eine Nachhaltigkeitsdeklaration und eine Klimabilanzierung, die in einer Berichtspflicht abgefragt werden müssen. Neue Kulturliegenschaften, wie etwa die Alte Münze oder das M20, müssen den klimaschonenden Bau und Betrieb als Priorität in den Bauplanungen und -maßnahmen berücksichtigen.

Bei Berliner Programmen wie dem Arbeitsraumprogramm, das von der Kulturraum GmbH betreut wird, müssen die Baumaßnahmen ebenfalls klimaneutrale Energieeffizienzstandards und Nachhaltigkeit als oberste Leitlinie enthalten. Beispielsweise muss die Ausstattung ökologisch wiederverwendbar und flexibel nutzbar sein.

Ökologische Kreislaufwirtschaft für Kunst und Kultur möglich machen

Die klimafreundliche und nachhaltige Kulturproduktion und -präsentation beginnt mit dem

ressourcenschonenden Umgang mit Materialien und klimaschonenden Transportwegen. Wir setzen uns dafür ein, dass vorhandene Sharing-Angebote und Materialkreisläufe unterstützt und weitere speziell für die Kulturschaffenden ins Leben gerufen und alle miteinander vernetzt werden. Die notwendige Unterstützung muss finanziell, räumlich und organisatorisch erfolgen. Nachhaltigkeitsmanager*innen sollen die einzelnen Kulturbereiche und Kulturschaffenden bei der Transformation unterstützen.

Kultur for Future - Zusammen für die ökologische Wende einstehen

Um die Expertise und Bedarfe der Kulturschaffenden mit den Klimaschutzzielen in Einklang zu bringen, soll ein regelmäßiger „Runder Tisch für Nachhaltigkeit in der Kultur“ ins Leben gerufen werden, der die Kulturschaffenden mit Verwaltung und Politik vernetzt.

Hier sollen Akteur*innen aus Kunst, Politik und Verwaltung fortlaufend Maßnahmen beschließen, evaluieren und weiterentwickeln, um die Klimaschutzziele und Nachhaltigkeit in den Kulturinstitutionen, Produktionen und Kulturveranstaltungen in Berlin zu fördern und zu verankern.

Klimaschutz und Nachhaltigkeit im Breitensport und bei Sport-Großevents

Breitensport und Profisport verbinden Menschen und sind Treiber für gesellschaftliche Entwicklungen. Hier kann ökologisches Bewusstsein zum einen spielerisch vermittelt. Zum anderen ist es zwingend notwendig, dass wir im Rahmen von Großevents und der sportlichen Infrastruktur Klimaschutz vorantreiben.

Bau und Sanierung von Sportstätten

Warmwasser, Heizung, Beleuchtung, mangelnde Isolierung – laut Deutschem Olympischen Sportbund verursachen deutsche Sportstätten allein dadurch jährlich circa 7,5 Millionen Tonnen CO_2 – und damit genau so viel wie sechs Großstädte in einem Jahr. Die Sanierung und

Modernisierung bestehender Sportstätten sind dem Neubau immer vorzuziehen. Um möglichst klimafreundlich zu bauen, fördern wir die Verwendung ökologischer, zertifizierter und recyclingfähiger Baustoffe. Fassaden- und Dachbegrünungen schaffen zusätzliche Habitate und dienen der Hitzevorsorge. Einsparpotenziale bei Strom und Wasser müssen in Sportstätten bestmöglich ausgeschöpft werden. Regenwasser und Grauwasser können durch moderne Wasseraufarbeitung weiterverwendet und wo möglich Sportplätze als Versickerungsanlagen genutzt werden.

Bei der Energieversorgung aller Sportstätten setzen wir primär auf Erneuerbare- und Solarenergie. Wir wollen, dass vermehrt auf den Einsatz von LED-Beleuchtung, die Gewinnung von Wärme aus Abwärme und das Abdecken von Außenbädern gesetzt wird. Insbesondere die Berliner Bäderbetriebe sehen wir hier in der Pflicht bei der Bereitstellung von erneuerbarer Wärme zum Beheizen der Schwimmbäder deutlich mehr zu tun. Ein Modellprojekt in Berlin, welches eine Rasenheizung über eine Wärmepumpe betreibt, soll vormachen, wie Flächen bestmöglich genutzt und Bedarfe kombiniert werden können.

Sportgroßveranstaltungen nur noch klimaneutral

Die Wahl von Austragungsorten für Sportgroßveranstaltungen sollte auch davon abhängen, wie gut die ÖPNV-Anbindung ist. Der Nahverkehr sollte, beispielsweise mit höherer Taktung von Bussen und Bahnen zu Spielbeginn und -ende, auf diese Veranstaltungen ausgerichtet werden. Sind die Nahverkehrstickets in den Eintrittskarten enthalten, wählen automatisch mehr Besucher*innen diese klimafreundliche Anreise. Bei jeder Veranstaltung muss es überdies ausreichend Möglichkeiten geben, Wasserflaschen aufzufüllen. Beim Catering soll verstärkt auf regionale, fair produzierte und verpackungsarme Produkte gesetzt werden.

Bei der Planung von Infrastruktur für Großveranstaltungen müssen Klimaschutzanpassungsmaßnahmen verpflichtend werden, z. B. Vorsorge vor Hitze oder

Starkregen. Daher sollte möglichst wenig Fläche versiegelt, stattdessen lieber in die Höhe gebaut werden. Bei Spezialbauten sollte von Anfang an die Nachnutzung mitgedacht und organisiert werden. Für die klimaneutrale und nachhaltige Durchführung von Großveranstaltungen muss immer ein Konzept vorgelegt werden. Als Land Berlin bewerben wir uns nur auf Veranstaltungen, wo dies gewährleistet sein kann.

Nachhaltige Sportarten und Vereine fördern

Durch die Priorisierung von nicht-motorisiertem, nachhaltigem Wassersport auf den Berliner Wasserflächen fördern wir nachhaltige Wassersportarten, wie Rudern, Segeln und Stand Up Paddling. Die Subventionierung nachhaltiger und fair produzierter Sportbekleidung und Sportutensilien über den Landessportbund möchten wir weiter unterstützen, ausweiten und das Angebot bekannter machen. Viele Berliner Vereine leisten bereits einen großen Beitrag zum Klimaschutz und zur Umweltbildung. Diese Vereine gilt es zu fördern und ihre Konzepte in die Breite der Sportlandschaft hineinzutragen.